

Allgemeine Geschäftsbedingungen
der KBR Kompensationsanlagenbau GmbH für die Überlassung der Analyse- und
Visualisierungssoftware (nachfolgend Software genannt)
zur Verwendung im Geschäftsverkehr gegenüber Unternehmen
Stand Januar 2017

Artikel I. Geltung unserer Allgemeinen Geschäftsbedingungen

1. Unsere Allgemeinen Geschäftsbedingungen gelten ausschließlich; entgegenstehende oder von unseren Allgemeinen Geschäftsbedingungen abweichende Bedingungen des Bestellers erkennen wir nicht an, es sei denn wir hätten ausdrücklich schriftlich ihrer Geltung zugestimmt. Unsere Allgemeinen Geschäftsbedingungen gelten auch dann, wenn wir in Kenntnis entgegenstehender oder von unseren Allgemeinen Geschäftsbedingungen abweichender Bedingungen des Bestellers die Lieferung an den Besteller vorbehaltlos ausführen.

2. Unsere Allgemeinen Geschäftsbedingungen gelten nur gegenüber Unternehmern im Sinne von § 310 I BGB.

Artikel II. Gegenstand der Allgemeinen Geschäftsbedingungen

1. Gegenstand dieser Bestimmungen ist die Überlassung der Software an den Besteller.

2. Anpassung der Software auf spezielle Bedürfnisse des Bestellers sowie Einweisungen, Schulungen und sonstige technische Unterstützungen sind nicht Gegenstand des Überlassungsvertrags. Sie können Gegenstand eines gesonderten Vertrages sein, ohne den der Besteller die alleinige Verantwortung für die Eignung der Software für die beabsichtigte Anwendung trägt.

3. Die Software ist ablauffähig auf den von uns ausdrücklich benannten Hardware- und Betriebssystemen. Der Leistungs- und Funktionsumfang der überlassenen Visualisierungssoftware bestimmt sich nach der bei Vertragsschluss gültigen Produktbeschreibung. Darüber hinausgehende Vereinbarungen wie zum Beispiel über Kompatibilität mit Geräten bzw. Programmen oder Vernetzungsmöglichkeiten, sind abhängig von der kundenspezifischen Situation und sind ausdrücklich zu vereinbaren. Das gleiche gilt für individuell kundenspezifische Anpassungen oder sonstige spezielle Einsatzbedingungen.

4. Die Installation der Software erfolgt mittels CD auf die Festplatte des/der Geräte des Bestellers.

Artikel III. Nutzungsrechte an der Software, Lizenzbestimmungen

1. Der Besteller hat das nicht ausschließliche und nicht übertragbare Recht, die Software in unveränderter Form auf den Geräten, auf denen die Software vorinstalliert ist, durch ganzes oder teilweises Laden, Anzeigen, Ablaufen oder Speichern zu nutzen. Die Lieferung des Quellcodes gehört nicht zum Lieferumfang.

2. Der Besteller darf die Software auf anderen ihm gehörenden Personal Computern einsetzen. In diesem Fall hat der Besteller die Software von der Festplatte der bisher verwendeten Geräte zu löschen. Die Software mit derselben

Software-Seriennummer darf nur auf einer Zentraleinheit gespeichert werden. Ein zeitgleiches Benutzen auf mehr als nur einer Zentraleinheit ist unzulässig. Ist vereinbart, dass die Software innerhalb eines Netzwerks eingesetzt werden darf, hat der Besteller eine zeitgleiche Mehrfachnutzung durch Zugriffsschutzmechanismen zu unterbinden, es sei denn, der Besteller hat für jeden an das Netzwerk angeschlossenen Benutzer die Vergütung für die Software bzw. die von der Anzahl der Benutzer abhängigen Netzwerkgebühr entrichtet. Der Besteller darf die überlassene Software nur zum Laden des Programms in den Arbeitsspeicher sowie zur Anfertigung und Aufbewahrung einer Sicherungskopie auf einem externen Datenträger vervielfältigen. Diese Sicherungskopie ist als Kopie des überlassenen Programms zu kennzeichnen. Der Besteller hat dabei Warenzeichen und Urheberrechtsvermerke unverändert zu lassen und über den Verbleib des externen Datenträgers Aufzeichnungen zu führen, die wir einsehen können.

3. Der Besteller darf – soweit in diesen Bestimmungen nicht anders geregelt – insbesondere keinerlei Änderungen und Übersetzungen oder weitere Vervielfältigungen der Software vornehmen, auch nicht teilweise oder vorübergehend, gleich welcher Art und mit welchen Mitteln. Eine unzulässige Vervielfältigung stellt auch der Ausdruck des Programmcodes dar. Die Weitergabe des überlassenen Programms an Dritte, gleich aus welchem Grund und gleich welcher Art, ist untersagt. Änderungen, zu denen nach Treu und Glauben die Zustimmung nicht verweigert werden kann (§ 39 Abs. 2 UrhG), sind jedoch statthaft.

4. Wir sind Inhaber sämtlicher gewerblicher Schutz- und Urheberrechte an der Software sowie der dazugehörigen Benutzerdokumentation. Hinweise auf Urheberrechte oder auf sonstige gewerbliche Schutzrechte, die sich auf oder in der Software befinden, dürfen weder verändert, beseitigt noch sonst unkenntlich gemacht werden. Außerdem ist die Software unser vor unbefugten Dritten zu schützendes Know How. Die Lizenz berechtigt den Besteller, die Software in maschinenlesbarer Form und die zu ihrem Gebrauch notwendigen Unterlagen zu nutzen.

5. Der Besteller darf die Software weder vermieten noch verleihen. Eine Übertragung der Lizenz an der Software auf einen Dritten ist nur nach unserer vorherigen Information und nur dann zulässig, wenn sich der Dritte mit diesen Bedingungen schriftlich einverstanden erklärt und der Besteller keinerlei Kopien an der Software (einschl. etwaiger Vorversionen) zurückbehält. Der Besteller darf die Software weder zurückentwickeln (Reverse Engineering), dekompileieren noch disassemblieren. Im Übrigen bleiben §§ 69d, 69e UrhG unberührt.

6. Der Besteller ist – soweit in diesen Bestimmungen nicht anders geregelt – verpflichtet, den unbefugten Zugriff Dritter auf das Programm sowie die Dokumentation durch geeignete Vorkehrungen zu verhindern. Der Besteller wird seine Mitarbeiter nachdrücklich auf die

Allgemeine Geschäftsbedingungen
der KBR Kompensationsanlagenbau GmbH für die Überlassung der Analyse- und
Visualisierungssoftware (nachfolgend Software genannt)
zur Verwendung im Geschäftsverkehr gegenüber Unternehmen
Stand Januar 2017

Einhaltung der vorliegenden Vertragsbedingungen und des Urheberrechts hinweisen. Insbesondere wird der Besteller seine Mitarbeiter auffordern, keine unberechtigten Vervielfältigungen des Programms oder des Benutzerhandbuchs anzufertigen.

7. Der Besteller hat für die Sicherung der Daten der installierten Software eigenverantwortlich Sorge zu tragen.

8. Der Vertrag tritt mit Auftragsbestätigung, spätestens mit Abnahme der Software in Kraft und läuft auf unbestimmte Dauer.

9. Der Besteller kann diesen Vertrag jeweils zum Monatsende mit dreimonatiger Frist schriftlich kündigen. Der Vertrag kann von beiden Seiten aus wichtigem Grund fristlos gekündigt werden. Dies gilt insbesondere, wenn der Besteller gegen eine der vorstehend genannten Bestimmung verstößt. In diesem Fall können wir das dem Besteller eingeräumte Nutzungsrecht mit sofortiger Wirkung schriftlich kündigen, ohne dass die Lizenzgebühr rückerstattet wird.

Mit Wirksamwerden einer Kündigung ist der Lizenznehmer verpflichtet, das Lizenzmaterial einschließlich aller abgeänderten und bearbeiteten Fassungen desselben sowie alle Kopien und Teilkopien dieses Materials an den Lizenzgeber unverzüglich herauszugeben. Bei Lizenzmaterial, das auf maschinenlesbaren Trägern des Kunden aufgezeichnet ist, tritt an die Stelle der Herausgabe in jedem Falle die vollständige Löschung der Aufzeichnung.

Artikel IV. Auftragsannahme, Vergütung, Zahlungsbedingungen

1. Wir behalten uns vor, den Auftrag erst nach Prüfung der Bonität des Bestellers anzunehmen. Sollten hier Negativmerkmale vorliegen, so werden wir neue Zahlungsbedingungen vorschlagen. Erst mit unserer schriftlichen Auftragsbestätigung erklären wir uns mit der Annahme des Auftrages einverstanden.

Soweit sich aus der Auftragsbestätigung nichts anderes ergibt, ist die Vergütung für die Nutzung der Software netto (ohne Abzug) innerhalb von 14 Tagen ab Rechnungsdatum zur Zahlung fällig. Es gelten die gesetzlichen Regelungen bezüglich des Zahlungsverzugs.

2. Zusätzlich zu der vorgenannten Vergütung stellen wir zu unseren jeweils gültigen Listenpreisen vom Besteller gewünschte Installations-, Beratungs- und Unterstützungsleistungen und damit in Verbindung stehende Reisekosten als Nebenkosten gesondert in Rechnung. Nebenkosten werden fällig, nachdem die Leistungen erbracht sind.

3. Alle Preise verstehen sich zzgl. jeweils gesetzlicher gültiger Mehrwertsteuer.

Artikel V. Lieferzeit

1. Der Beginn einer von uns angegebenen Lieferzeit setzt die Abklärung aller technischen Fragen voraus.

2. Wir haften nach den gesetzlichen Bestimmungen, soweit der zugrunde liegende Vertrag ein Fixgeschäft im Sinne §268 Abs. 2 Nr. 4 BGB oder von §376 HGB ist. Wir haften auch nach den gesetzlichen Bestimmungen sofern als Folge eines von uns zu vertretenden Lieferverzuges der Besteller berechtigt ist, geltend zu machen, dass ein Interesse an der weiteren Vertragserfüllung in Fortfall geraten ist.

3. Wir haften ferner nach den gesetzlichen Bestimmungen, sofern der von uns zu vertretende Lieferverzug auf der schuldhaften Verletzung einer wesentlichen Vertragspflicht beruht.

4. Weitere gesetzliche Ansprüche und Rechte des Bestellers bleiben vorbehalten.

5. Bei Verzögerungen infolge von Exportverboten gilt Ziffer VIII. ergänzend.

Artikel VI. Sachmängel

Für Sachmängel haftet der Lieferer wie folgt:

1. Alle diejenigen Teile oder Leistungen sind nach Wahl des Lieferers unentgeltlich nachzubessern, neu zu liefern oder neu zu erbringen, die einen Sachmangel aufweisen, sofern dessen Ursache bereits im Zeitpunkt des Gefahrübergangs vorlag.

2. Ansprüche auf Nacherfüllung verjähren in 12 Monaten ab gesetzlichem Verjährungsbeginn; Entsprechendes gilt für Rücktritt und Minderung. Diese Frist gilt nicht, soweit das Gesetz gemäß §§ 438 Abs. 1 Nr. 2 (Bauwerke und Sachen für Bauwerke), 479 Abs. 1 (Rückgriffsanspruch) und 634a Abs. 1 Nr. 2 (Baumängel) BGB längere Fristen vorschreibt, bei Vorsatz, arglistigem Verschweigen des Mangels sowie bei Nichteinhaltung einer Beschaffenheitsgarantie. Die gesetzlichen Regelungen über Ablaufhemmung, Hemmung und Neubeginn der Fristen bleiben unberührt.

3. Mängelrügen des Bestellers haben unverzüglich schriftlich zu erfolgen.

4. Bei Mängelrügen dürfen Zahlungen des Bestellers in einem Umfang zurückbehalten werden, die in einem angemessenen Verhältnis zu den aufgetretenen Sachmängeln stehen. Der Besteller kann Zahlungen nur zurückbehalten, wenn eine Mängelrüge geltend gemacht wird, über deren Berechtigung kein Zweifel bestehen kann. Ein Zurückbehaltungsrecht des Bestellers besteht nicht, wenn seine Mängelansprüche verjährt sind. Erfolgte die Mängelrüge zu Unrecht, ist der Lieferer berechtigt, die ihm entstandenen Aufwendungen vom Besteller ersetzt zu verlangen.

Allgemeine Geschäftsbedingungen
der KBR Kompensationsanlagenbau GmbH für die Überlassung der Analyse- und
Visualisierungssoftware (nachfolgend Software genannt)
zur Verwendung im Geschäftsverkehr gegenüber Unternehmen
Stand Januar 2017

5. Dem Lieferer ist Gelegenheit zur Nacherfüllung innerhalb angemessener Frist zu gewähren. Der Lieferer ist zur Nacherfüllung in Form einer temporären Fehlerkorrektur oder durch Lieferung eines mangelfreien Programms berechtigt. Die Fehlerberichtigung kann auch, je nach Bedeutung des Fehlers, durch Hinweise zur Beseitigung oder zum Umgehen der Auswirkungen des Fehlers erfolgen. Der Besteller ist verpflichtet, eine ihm von uns im Rahmen der Fehlerberichtigung angebotene neue Software-Version zu übernehmen, es sei denn, dies führt für ihn zu unzumutbaren Anpassungs- und Umstellungsproblemen.

6. Schlägt die Nacherfüllung fehl, kann der Besteller - unbeschadet etwaiger Schadenersatzansprüche gemäß Artikel IX - vom Vertrag zurücktreten oder die Vergütung mindern.

7. Mängelansprüche bestehen nicht bei nur unerheblicher Abweichung von der vereinbarten Beschaffenheit, bei nur unerheblicher Beeinträchtigung der Brauchbarkeit, bei natürlicher Abnutzung oder Schäden, die nach dem Gefahrübergang infolge fehlerhafter oder nachlässiger Behandlung, übermäßiger Beanspruchung, ungeeigneter Betriebsmittel, mangelhafter Bauarbeiten, ungeeigneten Baugrundes oder die aufgrund besonderer äußerer Einflüsse entstehen, die nach dem Vertrag nicht vorausgesetzt sind, sowie bei nicht reproduzierbaren Softwarefehlern. Werden vom Besteller oder von Dritten unsachgemäß Änderungen oder Instandsetzungsarbeiten vorgenommen, so bestehen für diese und die daraus entstehenden Folgen ebenfalls keine Mängelansprüche.

8. Ansprüche des Bestellers wegen der zum Zweck der Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen insbesondere Transport,- Wege,- Arbeits- und Materialkosten, sind ausgeschlossen, soweit die Aufwendungen sich erhöhen, weil der Gegenstand der Lieferung nachträglich an einen anderen Ort als die Niederlassung des Bestellers verbracht worden ist, es sei denn, die Verbringung entspricht seinem bestimmungsgemäßen Gebrauch.

9. Rückgriffsansprüche des Bestellers gegen den Lieferer gemäß § 478 BGB (Rückgriff des Unternehmers) bestehen nur insoweit, als der Besteller mit seinem Abnehmer keine über die gesetzlichen Mängelansprüche hinausgehenden Vereinbarungen getroffen hat. Für den Umfang des Rückgriffsanspruchs des Bestellers gegen den Lieferer gemäß § 478 Abs. 2 BGB gilt ferner Nr.8 entsprechend.

10. Der Besteller ist verpflichtet, die vom Lieferer herausgegebenen Produkt-Instruktionen sorgfältig zu beachten und an seine Abnehmer auch im Falle der Verbindung, Vermischung, Vermengung und Verarbeitung mit besonderem Hinweis weiterzuleiten.

11. Der Besteller ist verpflichtet, mit seinen Abnehmern von Produkten des Lieferers eine Ziffer 10. entsprechende Regelung zu vereinbaren.

12. Kommt der Besteller seinen Verpflichtungen gem. Ziffer 10. und 11. nicht nach und werden hierdurch Produkthaftungsansprüche gegen den Lieferer ausgelöst, stellt der Besteller den Lieferer im Innenverhältnis von den Ansprüchen frei; sind vom Lieferer zu vertretende Umstände mitursächlich geworden, erfolgt die Freistellung nach den Verursachungsanteilen.

13. Der Besteller ist verpflichtet, die Produkte des Lieferers und deren praktische Verwendung zu beobachten. Dies gilt auch nach der Weiterverarbeitung, sei es in unverarbeiteter, verarbeiteter, verbundener, vermischter oder vermengter Form. Die Produktbeobachtungspflicht bezieht sich insbesondere auf noch unbekannte schädliche Eigenschaften des Produktes oder eine Gefahrenlage schaffende Verwendungen und Verwendungsfolgen. Der Lieferer ist auf gewonnene Erkenntnisse unverzüglich hinzuweisen.

14. Schadensersatzansprüche des Bestellers wegen eines Sachmangels sind ausgeschlossen. Dies gilt nicht bei arglistigem Verschweigen des Mangels, bei Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit und bei einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzung des Lieferers. Eine Änderung der Beweislast zum Nachteil des Bestellers ist mit den vorstehenden Regelungen nicht verbunden. Weitergehende oder andere als in diesem Art. VI geregelten Ansprüche des Bestellers wegen eines Sachmangels sind ausgeschlossen.

Artikel VII. Gewerbliche Schutzrechte und Urheberrechte, Rechtsmängel

1. Sofern nicht anders vereinbart, ist der Lieferer verpflichtet, die Lieferung lediglich im Land des Lieferorts frei von gewerblichen Schutzrechten und Urheberrechten Dritter (im Folgenden: Schutzrechte) zu erbringen. Sofern ein Dritter wegen der Verletzung von Schutzrechten durch vom Lieferer erbrachte, vertragsgemäß genutzte Lieferungen gegen den Besteller berechnete Ansprüche erhebt, haftet der Lieferer gegenüber dem Besteller innerhalb der in Art. VI Nr. 2 bestimmten Frist wie folgt:

a) Der Lieferer wird nach seiner Wahl auf seine Kosten für die betreffenden Lieferungen entweder ein Nutzungsrecht erwirken, sie so ändern, dass das Schutzrecht nicht verletzt wird, oder austauschen. Ist dies dem Lieferer nicht zu angemessenen Bedingungen möglich, stehen dem Besteller die gesetzlichen Rücktritts- oder Minderungsrechte zu.

b) Die Pflicht des Lieferers zur Leistung von Schadensersatz richtet sich nach Art. IX.

c) Die vorstehend genannten Verpflichtungen des Lieferers bestehen nur, soweit der Besteller den Lieferer über die vom Dritten geltend gemachten Ansprüche unverzüglich schriftlich verständigt, eine Verletzung nicht anerkennt und dem Lieferer alle Abwehrmaßnahmen

Allgemeine Geschäftsbedingungen
der KBR Kompensationsanlagenbau GmbH für die Überlassung der Analyse- und
Visualisierungssoftware (nachfolgend Software genannt)
zur Verwendung im Geschäftsverkehr gegenüber Unternehmen
Stand Januar 2017

und Vergleichsverhandlungen vorbehalten bleiben. Stellt der Besteller die Nutzung der Lieferung aus Schadensminderungs- oder sonstigen wichtigen Gründen ein, ist er verpflichtet, den Dritten darauf hinzuweisen, dass mit der Nutzungseinstellung kein Anerkenntnis einer Schutzrechtsverletzung verbunden ist.

2. Ansprüche des Bestellers sind ausgeschlossen, soweit er die Schutzrechtsverletzung zu vertreten hat.

3. Ansprüche des Bestellers sind ferner ausgeschlossen, soweit die Schutzrechtsverletzung durch spezielle Vorgaben des Bestellers, durch eine vom Lieferer nicht voraussehbare Anwendung oder dadurch verursacht wird, dass die Lieferung vom Besteller verändert oder zusammen mit nicht vom Lieferer gelieferten Produkten eingesetzt wird.

4. Im Falle von Schutzrechtsverletzungen gelten für die in Nr. 1a) geregelten Ansprüche des Bestellers im Übrigen die Bestimmungen der Art. VI Nr. 4, 5 und 9 entsprechend.

5. Bei Vorliegen sonstiger Rechtsmängel gelten die Bestimmungen der Art. VI entsprechend.

6. Weitergehende oder andere als die in diesem Art. VII. geregelten Ansprüche des Bestellers gegen den Lieferer und dessen Erfüllungsgehilfen wegen eines Rechtsmangels sind ausgeschlossen.

Artikel VIII. Unmöglichkeit, Vertragsanpassung

1. Soweit die Lieferung unmöglich ist, ist der Besteller berechtigt, Schadensersatz zu verlangen, es sei denn, dass der Lieferer die Unmöglichkeit nicht zu vertreten hat. Jedoch beschränkt sich der Schadensersatzanspruch des Bestellers auf 10% der Wertes desjenigen Teils der Lieferung, der wegen der Unmöglichkeit nicht zweckdienlich verwendet werden kann. Diese Beschränkung gilt nicht, soweit in Fällen des Vorsatzes, der groben Fahrlässigkeit oder wegen der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit gehaftet wird; eine Änderung der Beweislast zum Nachteil des Bestellers ist hiermit nicht verbunden. Das Recht des Bestellers zum Rücktritt vom Vertrag bleibt unberührt.

2. Sofern höhere Gewalt, z.B. Mobilmachung, Krieg, Terrorakte, Aufruhr, oder ähnliche Ereignisse (z.B. Streik, Aussperrung), Virus- und sonstige Angriffe Dritter auf das IT-System des Lieferers, soweit diese trotz Einhaltung der bei Schutzmaßnahmen üblichen Sorgfalt erfolgen, Hindernisse aufgrund von deutschen, US-amerikanischen sowie sonstigen anwendbaren nationalen, EU- oder internationalen Vorschriften des Außenwirtschaftsrechts oder aufgrund sonstiger Umstände, die vom Lieferer nicht zu vertreten sind oder nicht rechtzeitige oder ordnungsgemäße Belieferung des Lieferers die wirtschaftliche Bedeutung oder den Inhalt der Lieferung erheblich verändern oder auf den Betrieb des Lieferers

erheblich einwirken, wird der Vertrag unter Beachtung von Treu und Glauben angemessen angepasst. Soweit dies wirtschaftlich nicht vertretbar ist, steht dem Lieferer das Recht zu, vom Vertrag zurückzutreten. Gleiches gilt, wenn erforderliche Ausfuhrgenehmigungen nicht erteilt werden oder nicht nutzbar sind. Will er von diesem Rücktrittsrecht Gebrauch machen, so hat er dies nach Erkenntnis der Tragweite des Ereignisses unverzüglich dem Besteller mitzuteilen und zwar auch dann, wenn zunächst mit dem Besteller eine Verlängerung der Lieferzeit vereinbart war.

Artikel IX. Sonstige Schadensersatzansprüche

1. Soweit nicht anderweitig in diesen Bedingungen geregelt, sind Schadensersatzansprüche des Bestellers, gleich aus welchem Rechtsgrund, insbesondere wegen Verletzung von Pflichten aus dem Schuldverhältnis und aus unerlaubter Handlung ausgeschlossen.

2. Dies gilt nicht, soweit wie folgt gehaftet wird:

a) nach dem Produkthaftungsgesetz,

b) bei Vorsatz,

c) bei grober Fahrlässigkeit von Inhabern, gesetzlichen Vertretern oder leitenden Angestellten,

d) bei Arglist,

e) bei Nichteinhaltung einer übernommenen Garantie,

f) wegen der schuldhaften Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, oder

g) wegen der schuldhaften Verletzung wesentlicher Vertragspflichten.

Der Schadensersatzanspruch für die Verletzung wesentlicher Vertragspflichten ist jedoch auf dem vertragstypischen, vorhersehbaren Schaden begrenzt, soweit nicht ein anderer der vorgenannten Fälle vorliegt.

3. Eine Änderung der Beweislast zum Nachteil des Bestellers ist mit den vorstehenden Regelungen nicht verbunden.

4. Wir haften nicht für die Wiederbeschaffung von Daten, es sei denn, dass wir deren Vernichtung grob fahrlässig oder vorsätzlich verursacht und der Besteller sichergestellt hat, dass diese Daten aus Datenmaterial, das in maschinenlesbarer Form bereitgehalten wird, mit vertretbarem Aufwand rekonstruiert werden können.

5. Dem Besteller ist bekannt, dass er im Rahmen seiner Obliegenheit zur Schadensminderung eine regelmäßige Sicherung seiner Daten vorzunehmen und im Falle eines vermuteten Softwarefehlers alle zumutbaren zusätzlichen Sicherungsmaßnahmen zu ergreifen hat.

Allgemeine Geschäftsbedingungen
der KBR Kompensationsanlagenbau GmbH für die Überlassung der Analyse- und
Visualisierungssoftware (nachfolgend Software genannt)
zur Verwendung im Geschäftsverkehr gegenüber Unternehmen
Stand Januar 2017

Artikel X. Exportverbot

Insbesondere bei technischen Produkten oder auch Computersoftware kann deren Export in bestimmte Drittländer durch das deutsche Exportrecht verboten oder Genehmigungsvoraussetzungen unterworfen sein. Des Weiteren können wir von den Herstellern aufgrund von Gesetzen in den Staaten ihrer Geschäftssitze vertraglich auf Exportverbote verpflichtet sein. Der Besteller verpflichtet sich, vor Exporten sich über mögliche gesetzliche Einschränkungen zu informieren und diese zu beachten sowie im Einzelfall von uns bei der Bestellung oder bei der Lieferung ausgesprochene Exportverbote ebenfalls einzuhalten. Der Besteller trägt die Kosten für oder im Zusammenhang mit Exporten stets selbst. Sofern ein Exportverbot besteht, werden wir von unserer Leistungspflicht frei. Jegliche Haftung wird in diesem Zusammenhang ausgeschlossen. Der Besteller handelt in diesem Fall ausschließlich auf eigenes Risiko.

Artikel XI. Gerichtsstand, anwendbares Recht und Erfüllungsort

1. Sofern der Besteller Kaufmann ist, ist unser Geschäftssitz Gerichtsstand; wir sind jedoch berechtigt, den Besteller auch an seinem Wohnsitzgericht zu verklagen.
2. Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland; die Geltung des UN-Kaufrechts ist ausgeschlossen.
3. Sofern sich aus der Auftragsbestätigung nichts anderes ergibt, ist unser Geschäftssitz Erfüllungsort.

General Terms and Conditions
of KBR for the licensing of analysis and visualization software (hereinafter referred to as „Software“)
For use in corporate business transactions
- As of January 2017 -

Article I. Validity of our General Terms and Conditions

1. Our General Terms and Conditions apply exclusively; we do not acknowledge any of the Customer's terms and conditions that are contrary to, or deviate from, our General Terms and Conditions, unless we have expressly agreed to them in writing. Our General Terms and Conditions also apply if we have unreservedly delivered the agreed delivery to the Customer in the knowledge of any Customer's terms and conditions that are contrary to, or deviate from, our General Terms and Conditions.

2. Our General Terms and Conditions only apply to businesses as defined in § 310 of the BGB (German Civil Code).

Article II. Subject of the General Terms and Conditions

1. The subject of these provisions is the licensing of the Software to the Customer.

2. Adaptation of the Software in accordance with any customer-specific requirements, as well as instruction, training courses and other technical support, are not the subject of the licensing contract. Such matters may be the subject of a separate contract, without which the Customer is solely responsible for the suitability of the Software for the intended application.

3. The Software runs on hardware and operating systems that are specifically designated by us. The performance and functionality of the provided visualization software is determined by the product description that is valid at the time of the contract conclusion. Additional agreements, such as compatibility with devices or programs, or networking possibilities, are dependent on the customer-specific situation and must be expressly agreed upon. The same applies to individual, customer-specific adaptations and/or other special operating conditions.

4. The Software is installed on the hard disk of the Customer's device(s) by means of a CD.

Article III. Rights to use the Software, licensing terms

1. The Customer has the non-exclusive and non-transferable right to use the Software in its unchanged form on the devices on which the Software is pre-installed by loading it completely or partially, displaying, running or storing it. Supply of the source code is not included.

2. The Customer may use the Software on other personal computers belonging to the Customer. In this case, the Customer must delete the Software from the hard disk of previously used devices. Software with the same software serial number may only be stored on a single central unit. Simultaneous use on more than one central unit is not permitted. If it has been explicitly agreed that the Software may be used within a network, the Customer must prevent its simultaneous multiple use by means of access protection mechanisms, unless the Customer has paid the appropriate remuneration for the Software and/or the network fee in accordance with the number

of users connected to the network. The Customer may only reproduce the licensed Software to load the program into the working memory and for producing and storing a backup on an external data drive. This backup copy must be marked as a copy of the licensed program. The Customer must not alter or remove trademarks and/or copyright notices and must keep a record of the whereabouts of the external data drive, which must be available to us.

3. Unless otherwise specified in these document, the Customer may not make any changes, translations or further duplications of the Software, including, without limitation, in part or in a temporary manner, whatever the nature and by whatever means. Unauthorized reproduction also covers printing the source code. The transfer of the licensed program to third parties for any reason whatsoever is forbidden. However, amendments for which, in good faith, consent cannot be refused (§ 39 (2) UrhG [German Copyright Act]), are permissible.

4. We own all intellectual property rights and copyrights of both the Software and its accompanying user documentation. Statements regarding copyrights, or other industrial property rights on or in the Software may not be altered, removed or otherwise made unrecognizable. In addition, our Software is considered know-how to be protected from unauthorized third parties. The license entitles the Customer to use the Software in machine-readable form, as well as the documentation necessary for its use.

5. The Customer may not rent out or lease the Software. A transfer of the Software license to a third party is only permitted after we have received prior notification, and only if the third party agrees in writing with these Terms and Conditions, and only if the Customer does not retain any copies of the Software (including possible previous versions). The Customer may not reverse engineer, decompile or disassemble the Software. In all other respects, §§ 69d, 69e of the UrhG (Urheberrechtsgesetz [German Copyright Act]) remain unaffected.

6. Unless otherwise stipulated in these provisions, and by means of suitable precautions, the Customer must prevent the unauthorized access of third parties to the program and its documentation. The Customer will reiterate to its employees that they must comply with both the present Terms and Conditions and the copyright act. In particular, the Customer will demand of its staff that they not make any unauthorized copies of the Software or the user manual.

7. The Customer is solely responsible for securing the data of the installed Software.

8. The contract enters into force upon order confirmation or, at the latest, upon acceptance of the Software, and runs for an indefinite period.

9. The Customer may terminate this contract in writing at the end of the month with a three-month notice period. Both parties can terminate the contract for cause without notice. In particular, this applies if the Customer is in breach of any of the above provisions. In such cases, we

General Terms and Conditions
of KBR for the licensing of analysis and visualization software (hereinafter referred to as „Software“)
For use in corporate business transactions
- As of January 2017 -

may terminate the right of use granted to the Customer with immediate effect in writing and without reimbursing the licensing fee.

Upon the effective date of a termination, The Licensee must immediately surrender the license material, including all modified and edited versions, as well as all copies and partial copies of this material to the Licensor. Where licensed material is recorded on the Customer's machine-readable media, its complete record must be deleted in all cases.

Article IV. Order acceptance, remuneration, payment terms

1. We reserve the right to accept orders only after checking the Customer's creditworthiness. If there are negative indicators, we will propose new terms of payment. It is only with our written order confirmation that we agree to the acceptance of the order.

Unless otherwise stated in the order confirmation, net (without deduction) remuneration for the use of the Software must be paid within 14 days of the date of the invoice. Statutory provisions apply with respect to delayed payments.

2. In addition to the above-mentioned remuneration, and in accordance with our valid list pricing, we will invoice the Customer for installation, consultancy and support services, as well as related travel expenses, separately as additional costs. Such additional costs will be due after the services have been provided.

3. All prices are subject to statutory VAT.

Article V. Delivery times

1. The commencement of a specified delivery time first demands the clarification of all technical questions.

2. In accordance with the statutory provisions, we are liable insofar as the underlying contract is a fixed transaction as defined under §268 Subsection 2 no. 4 BGB (German Civil Code) or §376 HGB (German Commercial Code). In accordance with the statutory provisions, we are also liable provided that, as a result of a delay in delivery for which we are responsible, the Customer is entitled to assert that an interest in the further fulfillment of the contract has ceased.

3. In addition, and in accordance with the statutory provisions, we will be liable if the delivery delay for which we are responsible is due to the culpable violation of a material contractual obligation.

4. Further legal claims and rights of the Customer remain reserved.

5. In the case of any delay resulting from export prohibitions, no. VIII applies additionally.

Article VI. Material defects

The Contractor is liable for material defects as follows:

1. All parts or services that present a defect must, at the Contractor's discretion and without cost, be repaired, replaced or provided again, provided that the material defect's cause already existed at the time of the transfer of risk.

2. Claims for rectification expire 12 months from the statutory commencement of the limitation period; the same applies for withdrawal and reduction. This deadline does not apply where the law stipulates longer deadlines in accordance with Sections 438 para. 1 no. 2 (buildings and objects for buildings), 479 para. 1 (recourse claims) and 634a para. 1 no. 2 (construction defects) of the BGB (Bürgerliches Gesetzbuch [German Civil Code]) based on intent, fraudulent concealment of the defect, and/or non-compliance with a quality guarantee. The statutory provisions concerning tolling of the statute of limitations, extension of the limitation period and recommencement of the limitation period remain unaffected.

3. Notification of any defects by the Customer must be made immediately in writing.

4. In the case of complaint, payments by the Customer may be withheld to an extent that is proportionate to the material defects. The Customer may only withhold payments if a complaint is lodged that cannot be called into question. The Customer's right of retention does not stand if its right to make claims based on defects has expired. If the complaint is unjustified, the Contractor is entitled to demand any incurred expenses from the Customer.

5. The Contractor must be given the opportunity to resolve the defect within a reasonable period. The Contractor is entitled to rectify the defect by temporarily correcting it or by supplying an error-free program. Depending on the significance of the defect, its correction can also take place through instructions for eliminating or circumventing its effects. As part of correcting the defect, the Customer must accept any new version of the Software provided by the Contractor, unless this leads to unacceptable adaptation and conversion problems for the Customer.

6. If defect rectification measures fail, the Customer can, irrespective of any claims for damages in accordance with Article IVX, withdraw from the contract or reduce its remuneration.

7. There will be no claims for defects in the case of minor deviations from the agreed-upon characteristics, in the case of insignificant impairment of usability, in the case of natural wear and tear or damage resulting from the passing of risk due to faulty or negligent treatment, excessive use, unsuitable operating materials, defective construction, unsuitable foundation, or due to special external influences that are not provided for under the contract, as well as for non-reproducible software errors. Any improper modifications or repair work carried out by

**General Terms and Conditions
of KBR for the licensing of analysis and visualization software (hereinafter referred to as „Software“)**

For use in corporate business transactions

- As of January 2017 -

the Customer or by third parties and any defects resulting therefrom are also excluded from any claims for defects.

8. Any claims arising out of expenses required for defect rectification, in particular transport, displacement, labor and material costs are excluded if the expenses increase because the object of delivery has retrospectively been transported to a location other than the place of business of the Contractor, unless such a transfer corresponds with its intended use.

9. The Customer's recourse claims against the Contractor in accordance with § 478 BGB (recourse of the entrepreneur) exist only insofar as the Customer has not concluded any agreements with its own customer that exceed the statutory claims for defects. In addition, for the extent of the Customer's recourse claim against the Contractor, Section 478 para. 2 BGB, no. 8 applies accordingly.

10. The Customer must carefully observe the product instructions provided by the Contractor and forward them to its own customers with specific reference, even in cases of connection, mixing, amalgamation and processing.

11. The Customer must include a provision that corresponds to the obligation described in no. 10 in the agreement it concludes with its own customers who purchase the products of the Contractor.

12. If the Customer fails to fulfill its obligations in accordance with nos. (10) and (11), and product claims against the Contractor are triggered as a result, the Customer internally indemnifies the Contractor from any claims inter se; if the Contractor is responsible for contributory causes to the circumstances, exemption is made according to the proportional causation.

13. The Customer must observe the Contractor's products and their practical use. This also applies after further processing, be that in an unprocessed, processed, combined, mixed or blended form. In particular, this obligation to observe the Contractor's products relates to still unknown harmful properties of the product and/or hazard-creating uses and usage sequences. The Contractor must be informed immediately about any findings obtained.

14. Damage claims by the Customer due to material defects are excluded. This does not apply in the case of malicious concealment of the defect, in the case of injury to life, body or health and/or in the case of intentional or gross negligent breach of duty on the part of the Contractor. The above provisions do not change the burden of proof to the disadvantage of the Customer. Any further claims or claims other than those stipulated in Art. VI made by the Customer due to a material defect are excluded.

Article VII. Industrial property rights and copyrights, defects of title

1. Unless otherwise agreed, the Contractor must supply the goods only in the country of the place of delivery, free of industrial property rights and third-party copyrights (hereinafter: „Property Rights“). If a third party is entitled to claim damages due to the infringement of Property Rights by deliveries made by the Contractor and used in accordance with the contract, the Contractor is liable to the Customer within the time limit specified in Art. VI no. 2 as follows:

a) The Contractor will, by its own choice and at its own cost, either obtain a right of use for the deliveries in question, modify them in such a way that the Property Right is not infringed, or exchange them. If this is not possible for the Contractor on reasonable terms, the Customer is entitled to the statutory right of withdrawal or reduction.

b) The Contractor's obligation to pay compensation is governed by Art. IX.

c) The aforementioned obligations of the Contractor exist only where the Customer immediately informs the Contractor in writing of the claims asserted by the third party, does not recognize any infringement, and where the Contractor reserves all defensive actions and conciliation negotiations. If the Customer discontinues use of the delivery for damage reduction or other important reasons, it must point out to the third party that its discontinuation does not entail any recognition of a breach of Property Rights.

2. Any claims of the Customer are excluded if it is itself responsible for the Industrial Property Right infringement.

3. Claims by the Customer are also excluded, as far as the infringement of the Property Rights is caused by special requirements of the Customer, by an application that is not foreseeable by the Contractor or by the fact that the delivery was altered by the Customer or used together with products not delivered by the Contractor.

4. In the event of Property Right infringements, the rights of the Customer, which are regulated in no. 1a, apply, as do the provisions of Art. VI nos. 4, 5 and 9 accordingly.

5. In the case of other defects of title, the provisions of Art. VI apply.

6. Any further regulated claims, or claims other than those specified in this Art. VII., made by the Customer against the Contractor and its auxiliary persons due to a defect of title are excluded.

Article VIII. Impossibility and adaptation of contract

1. Where delivery is impossible, the Customer is entitled to claim compensation, unless the Contractor is not responsible for the impossibility. However, the Customer's claim for damages is limited to 10 percent of the value of the part of the delivery that cannot be used as intended

General Terms and Conditions
of KBR for the licensing of analysis and visualization software (hereinafter referred to as „Software“)
For use in corporate business transactions
- As of January 2017 -

because of the impossibility. This limitation does not apply in cases of intent, gross negligence or injury to life, body or health; this does not change the burden of proof to the disadvantage of the Customer. The Customer's right to withdraw from the contract remains unaffected.

2. In the event of force majeure, e.g. mobilization, war, an act of terrorism, riot or similar events (e.g. strike, lockout), virus and other attacks by third parties on the IT system of the Contractor, insofar as such events occur despite the observance of protective measures and due diligence, obstacles caused by German, US and other applicable national, EU or international regulations of foreign trade law or due to other circumstances beyond the Contractor's control, or where untimely or improper delivery of the product, or changes to the contents of the delivery, substantially change its economic importance, or have a significant effect on the operation of the Contractor, the contract will be adjusted appropriately in good faith. If this is not economically justifiable, the Contractor is entitled to withdraw from the contract. The same applies if the required export licenses are not granted or are not usable. If the Contractor intends to exercise said right of withdrawal, it must immediately notify the Customer upon discovering the repercussions of the situation, even if an extension of the delivery time was initially agreed with the Customer.

Article IX. Other compensation claims

1. Unless otherwise stipulated in these Terms and Conditions, claims for damages by the Customer, irrespective of the legal grounds, are forbidden, in particular because of the violation of obligations arising from the contractual relationship and from tort.

2. This does not apply if liability is:

- a) in accordance with the German Product Liability Act,
- b) in the case of intent,
- c) in the case of gross negligence on the part of the owners, legal representatives or senior executives,
- d) in the case of malice,
- e) in the event of non-compliance with a guarantee,
- f) because of culpable injury to life, body or health, or
- g) due to the culpable infringement of essential contractual obligations.

However, unless one of the other aforementioned cases applies, the claim for compensation for the infringement of essential contractual obligations is limited to the foreseeable damage typical for the contract.

3. The above provisions do not change the burden of proof to the disadvantage of the Customer.

4. The Contractor is not liable for the recovery of data unless it has caused its destruction grossly, negligently, or intentionally and the Customer has made sure that said

data can be reconstructed with reasonable effort from data material that is kept in a machine-readable form.

5. The Customer is aware of the fact that, within the scope of its duty to reduce such losses, it must regularly back up its data and, in the event of a possible software error, take all reasonable additional security measures.

Article X. Export ban

In the case of technical products and/or computer software in particular, their export to certain third countries may be prohibited by German Export Law or may be subject to licensing requirements. Furthermore, due to laws in the states of their business, we may be contractually bound to export bans by the manufacturers. Before exportation takes place, the Customer agrees to inform itself about any possible legal restrictions and to observe them, as well as to comply with any export prohibitions in our specific case at the time of order or delivery. The Customer always bears any costs of, or in relation to, export, itself. If an export ban exists, we will be exempt from liability. In this context, any liability is excluded. In this case, the Customer acts solely at its own risk.

Article XI. Jurisdiction, applicable law and place of execution

1. If the Customer is a registered trader, our court of jurisdiction is that of our corporate headquarters; we are also entitled to sue the Customer at the court of its jurisdiction.

2. Only the law of the Federal Republic of Germany is applicable; the United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods is excluded.

3. Unless otherwise stated in the order confirmation, our corporate headquarters is the place of execution.